ZIGARETTENINDUSTRIE

Moral und Moneten

Geldwäsche, Schmuggel und Geschäfte zu Gunsten eines Sohnes Saddams – eine Klageschrift der EU enthält schwere Vorwürfe gegen den US-Konzern Reynolds.

Der US-Zigarettenkonzern R. J. Reynolds in North Carolina steht seit Donnerstag der vergangenen Woche unter einem gefährlichen Verdacht – dem des Vaterlandsverrats. Jährlich soll der Sohn des irakischen Diktators, Udai Hussein, zehn Millionen Dollar verdient haben, weil Reynolds ganz unpatriotisch das Embargo gegen den Schurkenstaat in Mittelost gebrochen und im letzten Jahrzehnt Millionen und Abermillionen von Camel-, Winston- oder Salem-Glimmstängeln über die Türkei und Zypern in Saddam Husseins Reich verschoben haben soll.

So steht es in einer Zivilklage der Europäischen Union gegen den Tabakkonzern, der die Wahl des Saddam-Feindes George W. Bush zum US-Präsidenten mit vielen Dollar gefördert hat. In ihrer Attacke beschuldigt die verantwortliche deutsche Haushaltskommissarin Michaele Schreyer das US-Unternehmen auf 150 Seiten, in großem Stil an der Wäsche von Kokain- und Heroin-Gewinnen des organisierten Verbrechens beteiligt zu sein.

Die über zehn Seiten ausgebreitete Irak-Connection in der EU-Klage ist dabei noch der schwächste Teil. Reynolds-Zigaretten, heißt es da, seien massenhaft in den Irak gelangt. Konzernmanager, Nahost-Mittelsmänner und zwielichtige Geschäftsleute, die den voluminösen Zigarettentransfer besorgt haben, hätten dabei zusammengearbeitet. Doch der Saddam-Clan kommt zunächst nur durch einen lapidaren Satz ins Spiel. Angesichts der Mengen könne das Geschäft nur in „Komplizenschaft mit der irakischen Regierung und der herrschenden Familie“ gelungen sein.

Sohn Udai Hussein, spinnt das „Wall Street Journal“ unter Berufung auf US-Staatsanwälte das Garn weiter, habe einen guten Teil der im Lande kassierten Zigarettensteuern privatisiert, unabhängig davon, ob die Rauchwaren legal oder illegal in den Wüstenstaat gelangt seien. Die Klageschrift erwähnt den berüchtigten Diktatorensohn gar als Profiteur kurdischer Schmuggler.

Die Richtung passt. Hohe Beamte in Brüssel geben zu, dass die Beweise für ihre Reynolds-Anklage eine „Melange“ von Dokumenten, Zeugenaussagen, Ermittlungen der EU-Antibetrugsbehörde OLAF und auch von US-Geheimdienstinformationen seien. Die Vorwürfe gegen Saddam habe man aus psychologischen Gründen gern berücksichtigt: Der Richter in Brooklyn soll gleich merken, dass auch amerikanische Interessen massiv berührt sind.



Saddam-Sohn Udai (r.)*: *Profiteur des Schmuggels?*



AFP (O.); NELL REDMOND (U.)

Reynolds-Zentrale in Winston-Salem: *Bruch des Embargos*

Die spektakuläre Brüsseler Zivilklage in den USA, von zehn Mitgliedstaaten gestützt, hat vor allem ein Ziel: Am Ende soll nicht nur Reynolds, sondern auch Philip Morris gezwungen werden, zwischen 10 und 30 Milliarden Euro in den EU-Haushalt zu überweisen. Dieser Betrag geht Europa jährlich durch den Zigarettenschmuggel, den die Konzerne nach Meinung der EU-Experten wissentlich dulden oder gar fördern, verloren.

Eine erste Klage, die dieses Ziel direkt anpeilte, war im Februar in New York jedoch gescheitert. US-Gerichte seien nicht dazu da, anderen Staaten zu Steuern und Zöllen zu verhelfen, urteilte Richter Garaufis kurz angebunden.

Die EU legte Berufung ein und klagte gleichzeitig erneut, jetzt aber erst einmal nur gegen Reynolds. Von entgangenen Zöllen und Steuern ist in der aktuellen Schrift mit keinem Wort mehr die Rede. Auf vielfältige Weise versuchen die EU-Anwälte jetzt zu belegen, dass Reynolds bis in die höchsten Etagen dabei mitgespielt hat, mit Hilfe von Zigarettendeals Kokain-Profite oder Heroin-Gewinne in sauberes Geld umzuwandeln.

Ein Beispiel aus der Klageschrift: In den neunziger Jahren wurden spanische und südamerikanische Mafiosi Partner. Sie brachten massenhaft Kokain in die Europäische Union und erwarben mit dem Profit Reynolds-Zigaretten. Die verkauften sie mit Gewinn, und schon war das Drogengeld gewaschen.

Eines der beteiligten Netzwerke der Organisierten Kriminalität trug den kennzeichnenden Ehrennamen „Los Mataderos“ (Schlachthof). 1999 nahm die spanische Polizei diese Bande hoch. Mit deren namentlich genannten Mitgliedern, heißt es in der Klage, machte Reynolds lange Zeit gute Geschäfte – obwohl die Konzernmanager den Gangster-Hintergrund kannten, sollen sie die Zusammenhänge bewusst ignoriert haben. So ist jedenfalls die Lesart der EU-Anwälte.

Der Vorwurf der Geldwäsche sei „vollständig absurd“, reagierte Reynolds umgehend. Brüsseler Experten glauben dennoch an einen Erfolg: Der soll dann, so die Hoffnung, den laufenden Berufungsprozess, in dem es nicht um Moral, sondern um Moneten geht, positiv infizieren. Wenn die US-Administration ein nationales Interesse entdeckt, den Schmuggel in Europa durch US-Gerichte untersuchen zu lassen, kann der New Yorker Richter sich über das Gesetzesverbot, ausländische Steuern einzutreiben, doch noch hinwegsetzen.

Die Börsianer zeigten sich unbeeindruckt. Nachdem die Reynolds-Aktie in den Vortagen an Wert verloren hatte, verharrte sie am vergangenen Donnerstag auf gleichem Niveau.

Entweder halten die Anleger Geldwäsche nicht für rufschädigend – oder sie trauen den Europäern nicht. WINFRIED DIDZOLEIT

* Mit Bruder Kussei am 20. Mai 2001 in Bagdad.